

Herrn
Falk Ulbrich
Schollstr. 14
09123 Chemnitz

22. Dezember 2015

Sehr geehrter Herr Ortsvorsteher Ulbrich,

ich beziehe mich auf den Artikel „Einsiedler sauer auf SPD-Chef Gabriel“, den die Chemnitzer Zeitung am 12. Dezember 2015 veröffentlicht hat. Darin werden Sie mit der Behauptung zitiert, ich hätte die Bürgerinnen und Bürger von Einsiedel „pauschal als Rechtsradikale und Nazis bezeichnet.“

Diesen Vorwurf habe ich mit einiger Verwunderung zur Kenntnis genommen, denn dies trifft in keiner Weise zu. Es liegt mir völlig fern, alle Einwohner Ihres Heimatortes pauschal ins Unrecht zu setzen. Der von Ihnen kritisierte Satz aus meiner Rede auf dem SPD-Bundesparteitag lautet deshalb auch „... und kämpft gegen die Nazis in Ihrem Ort“. Hätte ich – wie Sie offenbar unterstellen – die Einwohnerinnen und Einwohner der Ortschaft Einsiedel pauschal als rechtsradikal bezeichnen wollen, so hätte ich von „... Nazis aus Ihrem Ort“ gesprochen. Diese Unterscheidung habe ich nicht zufällig vorgenommen, denn tatsächlich lehne ich jede Form von politischer Kollektivhaftung ab. Sollten Sie allerdings von der Chemnitzer Zeitung falsch zitiert worden sein, rege ich eine öffentliche Klarstellung an.

Und dass es in Einsiedel Rechtsradikale und Neonazis gibt, ist Ihnen sicher nicht entgangen. Mit den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger Ihrer Ortschaft hinsichtlich der geplanten Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge versuchen diese Feinde der Demokratie ihr „Süppchen zu kochen“. Als Ortsvorsteher werden Sie mir sicherlich zustimmen, dass derlei nicht heruntergespielt werden sollte. Mit Meinungsfreiheit oder berechtigten Sorgen der Bevölkerung hat rechtsradikale Propaganda nichts zu tun. Im Folgenden nur einige Beispiele für diese bedauerliche Tatsache:

- Unter dem Slogan „Nein zum Heim“ versammeln sich bundesweit keine harmlosen Bürgerinitiativen, sondern allzu oft fremdenfeindlicher Mob. Die Plattformen „Nein zum Heim“ sind in vielen Orten verfügbar, zeigen sich als Instrument von NPD und Pegida und werden regelmäßig von Rechtsradikalen mit massiven menschenfeindlichen Ressentiments betrieben.
- Schauen Sie doch einfach mal selbst, wer sich so alles auf den Seiten „Einsiedel Sagt NEIN zur EAE“ tummelt: Finden Sie den „Wüstenfuchs Rommel“, der sich auf der Einsiedel-Seite äußert, auf seiner eigenen Facebook-Seite zur „Volkswacht“ und zur „Initiative Heimatschutz“ führt, nicht auch bedenklich?
- Finden Sie, dass sich „Zwickau wehrt sich“, die u.a. den ausgewiesenen Rechtsradikalen Lutz Bachmann zu sich zählen, nur Sorgen um Einsiedel macht?
- Ist Ihnen ein Herr Udo Gruber aus Einsiedel bekannt, der auf seiner Facebook-Seite ein Poster von mzw-widerstand.com, einer bekannten Seite der NPD bzw. der Neonazis, präsentiert? Oder kennen Sie einen Herrn Ronny Buchholz – auch aus Einsiedel – der von seiner Facebook-Seite ungeniert auf die fremdenfeindliche „Wir sind die Grenze“ verlinkt?

Ich bin ganz sicher, dass die weit überwiegende Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger von Einsiedel rechtsradikale, menschenverachtende und neonazistische Propaganda klar ablehnt. Umso wichtiger erscheint es mir, dass keine Nebenkriegsschauplätze eröffnet werden und ein solcher scheint mir dann doch Ihre Kritik an meiner Rede zu sein. Die tatsächliche Bedrohung des guten Rufs von Einsiedel ist die rechtsradikale Instrumentalisierung der Debatte um die Erstaufnahmeeinrichtung. Nicht die Erstaufnahmeeinrichtung ist das Problem, sondern diese menschenverachtende Propaganda und ihre Urheber. Wegen der Proteste gegen die Unterbringung von Flüchtlingen wird Einsiedel inzwischen von der rechten Szene als zweifelhaftes Vorbild für ganz Deutschland hingestellt. Der Ruf Ihres Ortes ist daher nicht durch Reden auf SPD-Bundesparteitagen oder Menschen wie Steffi Barthold in Gefahr, sondern durch diejenigen, die mit fremdenfeindlichen Parolen im Trüben fischen. Und gegen sie muss man sich als Demokrat wehren! Ich bin sicher, dass wir uns da einig sind.

Das ist auch der Grund, warum ich das Engagement Ihrer Ortschaftsratskollegin Steffi Barthold gelobt habe. Sie wirbt in vorbildlicher Weise für einen humanen Umgang mit Flüchtlingen und stellt sich damit der dummen neonazistischen Propaganda entgegen. Mehr noch: Steffi Barthold wirbt um ein gutes Miteinander der Menschen in Einsiedel. Ihr Satz: „Meinungen dürfen sich unversöhnlich gegenüber stehen, aber niemals Menschen“ ist beispielgebend.

Dass diese Frau nun öffentlich für ihr Eintreten für Mitmenschlichkeit und Toleranz von Rechtspopulisten und Rechtsradikalen persönlich attackiert und öffentlich gedemütigt werden soll, ist ein schlimmes Zeichen der politischen Kultur und eine große Schande. Wir Sozialdemokraten kennen das aus unserer Geschichte. Schon einmal sollten die Mitglieder und Anhänger der SPD durch öffentliche Kampagnen von Rechtsradikalen verängstigt und mundtot gemacht werden. Im Ergebnis haben das Wegsehen und die schweigende Duldung durch andere Parteien am Ende zur Katastrophe für alle geführt.

Die heutige Republik ist nicht Weimar und wir leben in einer wehrhaften Demokratie. Und trotzdem muss man in diesen Tagen an die Mahnung erinnern: Wehret den Anfängen. Ich gehe deshalb davon aus, dass Sie und alle anderen Demokraten Steffi Barthold beistehen und sie verteidigen, wenn sie wieder öffentlich angegriffen wird.

Wenn unsere freiheitliche Grundordnung von rechten Scharfmachern herausgefordert wird, sollten Demokraten zusammenrücken und untereinander aktiv politische Solidarität üben. Für den Vertreter einer Partei, die sich auf das christliche Menschenbild bezieht, erschiene es mir angemessen, hier ebenso klar Partei für Toleranz und Weltoffenheit zu ergreifen, wie es Steffi Barthold seit langem tut.

Sollten Sie Interesse und Zeit für ein persönliches Gespräch im neuen Jahr haben, so lade ich Sie herzlich nach Berlin ein. Ich würde mich freuen, wenn wir uns persönlich kennenlernen würden. Bis dahin wünsche ich Ihnen besinnliche Weihnachtsfeiertage und ein gesundes neues Jahr.

Mit freundlichen Grüßen

Sigmar Gabriel